

Die Angst vor der roten Einheitsfront

Die wachsende Erfahrung in den Mitgliedskreisen der Gewerkschaften über die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen Lohnraub und Faschismus läßt die Führer der Gewerkschaften nicht mehr ruhig schlafen. Besonders hat es sich der Einheitsfrontappell des 18. Juli der ADGB angesehen, den bei „Vorwärts“ als geheimes Kündschreiben entdeckt.

Der Gewerkschaftsbund Dresden hat seit dem 24. Juni ein soz. sozialdemokratisches Komitee bestimmt, das sich an die Vertrauensleute im Betrieb vertritt. Nachdem die brutalen Plakataktionen der Papenregierung als ein Wunder dargestellt waren, bringt Kurpat heraus, woher der Schuh kommt, indem er sofortige Belehrung meint: „Man ist der ADGB und RGO. Das will auf Schlechtheit die freigewerkschaftliche Organisation und die Sozialdemokratie von ihrer Nutzung trennen.“

Was ist hier heruntergekommen, Herr Kurpat? Wie kommen Sie haben uns an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter gewandt und ihnen die Bruderschaft zum gemeinsamen Kampf geboten. Gleichzeitig aber haben Sie gesagt, daß es eine Einheitsfront mit den SPD- und SDP-Führern nicht geben kann.

Die deutsche Arbeiterschaft hat 14 Jahre Erfahrung hinter sich. Sie will keine Einheitsfront mit den Verfehlern des fortgesetzten Lohnraubs, mit den Toleranzpolitiken. Im Kampf hat sie den allgemeinen Ausweg. Radikalstaatler Klassenkampf gegen alle Feinde der Arbeiterschaft ist ihre Parole. Da gibt es nur sozialen Kompromiß mit den Stützen der Rechtsordnungsparteien, die jetzt mit radikalen Phrasen die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf mit ihren kommunistischen und parteilichen Gruppierungen abhalten wollen. Das bedeutet die Waffen der SPD- und Gewerkschaftsmitglieder. Sie stellen sich in einer Front mit allen Arbeitern, wie dies Beispiele vom Hafen, von Leipzig und einer ganzen Reihe Städte beweisen.

Trotz dieses Herrn Kurpat und seinen Kollegen peinlich ist, aber wir betreuen. Die Angst aus dem warmen Sessel zu schaffen nicht Powell, daß, wie das Beispiel des ADGB, gescheiterte Grabber, Harburg, beweist, die Führer sich schon absondern haben, in der SA ein legales Regierungsinstrument zu sehen, das gemeinsam mit Reichsbanner und Polizei gegen die Kommunisten (dies: revolutionäre Arbeit) eingesetzt werden soll.

Die Kollegen am Betrieb und an der Stempelstelle aber lassen sich nicht gegen ihre Klassenbrüder ausspielen. Sie tun es nicht um die Existenz der Arbeiterschaft.

Einheitsfront ist nicht eine Frage der Verhandlungen, wie es die SPD- und ADGB-Führer machen, sondern eine Frage des offenen Klassenkampfes gegen jede Form des Faschismus.

Die einzahldende Klassenkampf kann nur auf breiterer Basis weiter gehen. Auf die Hungeroffensive der fahrlässigen Papenregierung und ihrer Komparsen reagiert die Papenregierung mit Streiks und Aktionen der Erwerbslosen, mit Klassenkampf gegen Steuerzahler, Raub der Sozialversicherung, Erhöhung und Zwangsarbeitszeit als Vorbereitung zu politischer Gewalt. Durch Organisierung des proletarischen Klassenkampfes erhalten wir die Arbeiter zum Kampf.

Wir reden den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern die Brüderbank zum gemeinsamen Kampf, den wir mit ihnen im Betrieb, an der Stempelstelle durchführen, Powell, wo wir mit ihnen zusammenkommen. Aber wir klären inzwischen über die Rolle der ADGB auf. Durch deren Politik Papen und Schleicher in den Sessel gehoben wurden. Ohne die Sozialdemokratie, ohne Brünning und Seesing gäbe es heute in Deutschland keinen Faschismus. Deshalb besteht Einheitsfront von unten zum Kampf gegen die fahrlässige Taktik und ihre sozialdemokratischen Stützen!

Das Hauptziel der Reformisten: Kampf gegen die RGO!

(Arbeiterkorrespondenz 753)

In Freital fand fürstlich eine Sitzung des Bergarbeiterverbands statt, bei der alle reformistischen Betriebsräte und Betriebsräte des Blauenbündnis Gründers vertreten waren. Johanna Dreyer, Bannerman, hielt einen Vortrag: Wie kann man den Faschismus in den Betrieben bekämpfen? Dichter den Kampf über den Kampf gegen den Faschismus. Vor allen Dingen wurde eine mühelose Hege gegen die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition betrieben, was auch besonders in der Tradition zum Ausdruck kam. Der Betriebsratsherrin Richter von der RGO faßte erklärte, daß er den Kampf gegen den Faschismus in den Betrieben für überwältigt, aber der Kampf gegen die RGO zu führen sei. Er habe den Wald vor lauter Bäumen nicht. Zeit steht, doch kann in einem Betrieb der Faschismus Wurzel gebohrt haben, Richter aber ist gegenüber dieser Entwicklung blind. Vor lauter RGO-Kollegen, die ehrlich gewillt sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, macht er durch sein Verhalten den Wegebereiter für die Entwicklung der Nazis im Betrieb. Die Rumpfs müssen den Richter und Co. auf die Finger legen und gemeinsam mit der RGO den Kampf aufnehmen gegen den Faschismus!

Schuharbeiterstreik gegen Lohnabbau

Die schlechten Schuharbeiter haben gegen ihre Lohnabnahme einen unerhörten Lohnraubanspruch eingeleitet. Durch Unruhen im schweren Betrieb haben sie den Belegschaften den Schuhabzug von 73 auf 47 Pfennig die Stunde bekanntgegeben. Dieses Maßnahmen hat unter den Belegschaften der Schuhfabrik Wohlauer-Breslau und Klemm-Döls eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die Belegschaften traten in politische Reihen. Und als die Verhandlungen der Betriebsräte mit der RGO-Führung ziellos blieben, traten beide Belegschaften gleichzeitig in den Streik. Bei Wohlauer traten 130 Frauen und Männer und bei Klemm in Döls 250 Männer.

Ziegelerarbeiter im Streik

Die etwa 60 Mann starke Belegschaft der Ziegeler Wilsnitz bei Pirna ist am 5. Juli gegen den geplanten Lohnabzug in den Streik getreten. Die Gewerkschaftsbürostatte hat sich gegen diesen Streik ausgesprochen. Es will angeblich erst den Schiedsgerichtsspruch gefällt sein, in ein Ausdruck des sozialen Kampfwillens der Arbeiter, die gewillt sind, jeden weiteren Lohnabzug zu verbünden. Der vor wenigen Tagen erreichte Streikzug der Ziegelerarbeiter in Beuthen zeigt, daß bei geistigem Zusammenschluß der Belegschaften Erfolge erzielt werden.

„Freiheits“-Rollkommando in einer Butab-Versammlung

Herr Geiser, ist das der Kurs der Gewerkschaften gegen den Faschismus? Kollegen, macht Front gegen solche Methoden und kämpft mit der Antifaschistischen Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz 745)

Am Montag hielt der Dresdner Butab (Bund technischer Angestellter und Beamten) im Stadtmahlstädtischen seine Vollversammlung ab. Vor den Nazis am Eingang verteilte Flugblätter lösten unter den Kollegen lebhafte Diskussionen aus. Auf der Tagesordnung stand das Referat des Sekretärs Geiser, MdL, über: „Strampelten die Gewerkschaften die Wirtschaft?“ Aber entweder hatte Herr Geiser keine Redekompetenz verfügt oder hatte ihm der Besuch der Versammlung vor dem Kopf gelassen, er biß nur eine Propagandabete für die RGO ab. Wenn Sie noch soviel über „Freiheit“ schreiben, so harten Widerspruch bei den versammelten Kollegen zu finden.

Wen ich in dieser Versammlung eine ganze Reihe nie gelesener Gedanken, die ich später als Mitglieder eines Freiheits-Rollkommandos entzupft, als einige Kollegen Zwischenrufe machten, traute die Rollkommandos in Aktion und entzerrten einen Kollegen aus dem Saal. Der eingefleischte Reformist Rottmann verlor handfestlichkeiten zu propagieren, was ihm aber nicht gelang. Eine Diskussion über die Ausführungen

Geisers wurde mit der Begründung abgewürgt, daß man den Einstand dieses ausgezeichneten Referats nicht abschmähen wolle.

Herr Geiser, Sie erklären, daß die Gehälter gegen den Willen der Gewerkschaften abgebaut wurden, waren nicht gerade Sie es, der jenen Abbau mit zulässige und kann sagen, man hätte herausgeholt, was herauszuholen wäre. Auch Ihre Lüge, daß die RGO die Parole herausgesprochen habe: Vorsicht die Nazis aus Rufer kommen, ist durch die Dresdner Volkszeitung widerlegt worden, die von soischen Stimmungen innerhalb der RGO nichts schreibt. Wenn Sie noch soviel über „Freiheit“ schreiben, so harten Widerspruch bei den versammelten Kollegen zu finden.

Kollegen vom Butab, ihr lebt, daß man auch bei uns diese selben fahrlässigen Methoden in Anwendung bringen will, wie in anderen Gewerkschaften. Wozu braucht man Rollkommandos, wenn man eine weiße Waffe hat? Die Antwort muß sein: Sicherung der Opposition. Klärt alle Butab-Mitglieder auf über die Rolle der Reformisten und reiht sie ein in die Kampffront der Antifaschistischen Aktion!

Elendsarmee seit 1930 verdoppelt

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes hat die Zahl der Erwerbslosen in der zweiten Junihälfte nur ganz minimal abgenommen, und zwar um 8955 von 703556 auf 694601.

In der Hauptsache ist die geringe Abnahme auf Vermittlungen in den Außenberufen zurückzuführen.

Am Ende des Halbjahres zeigt sich in der Entwick-

lung des Arbeitsmarktes während der letzten Jahre folgendes Bild:

Es waren vor- männliche Ar- beitshand am:	männliche Ar- beitssuchende:	weibliche Ar- beitssuchende:	Gesamt- zahl:
30. Juni 1930	275 206	102 288	377 494
30. Juni 1931	377 713	131 974	509 687
30. Juni 1932	501 085	193 516	694 601

Seit Juni 1930 hat sich die Erwerbslosenzahl in Sachsen fast verdoppelt. Am stärksten sind die Gruppen Metall mit ca. 112 000 und Bau mit rund 80 000 Erwerbslosen beteiligt.

Erwerbslosen-Unterstützung erhalten noch 120 568 gegen 130 966 am Monatsanfang und Krisen-Unterstützung 172 694 (173 306). Das bedeutet, daß erneut Tausende den Weg auf die Wohlfahrtsämter anstreben müssten.

Immer neue Massennot bringt das kapitalistische System für die Aermsten der Armen. Der einzige Ausweg, um das Elend zu beseitigen, ist der außerparlamentarische Massenkampf. Darum, Erwerbslose, hinein in die Antifaschistische Aktion! Wählt am 31. Juli die Liste 3, KPD!

Das ist Papens Wohlfahrtsstaat

Der ADGB will keinen Kampf

Zum Aufruf in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“. Der Stimmzettel soll das Schicksal der Arbeiterschaft entscheiden. Gewerkschaftskollegen, kämpft für den revolutionären Ausweg!

Am 31. Juli ist Reichstagswahl. In allen Wahllokalen der SVD und Gewerkschaftsbüros herrscht Hochjunktuur in der Abstimmung von Aufrufen für die Wahl der Liste 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Auch der Bezirk Sachsen des ADGB veröffentlicht einen solchen Aufruf in Nr. 13 der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“. In diesem Aufruf heißt es:

„Bei Betrieben einer kleinen, aber maßgeblichen Gruppe von Großagrarien, Schwerindustrie und Militärität ist der politische Krieg in Deutschland in ein ausgesprochen revolutionäres Jahrtausend gebrängt worden. Die neue Regierung hat schon in ihrer ersten Erklärung den „Wohlfahrtsstaat“ den Kampf angelegt. Jetzt ist sie dabei, die sozialen Errungenungen gegen die Papenregierung zu zerstören.“

Die Gewerkschaftsmitglieder schützen den Kopf. Hätte nicht die von der SVD und den Gewerkschaften tolerierte Brünning-Regierung einen Abbau nach dem anderen an den sozialen Errungenungen vorgenommen? Wer es nicht die Regierung Brünning, die durch eine Notverordnung mit einem Gebotstricht 8000 Tarife außer Kraft setzte und einen Lohnabzug von 10 bis 15 Prozent diffizierte? Die revolutionären Gewerkschaften sind darüber im klaren, daß die Papenregierung die Angriffe gegen die Arbeiterschaft verächtlich durchführt. Wenn nun die heimischen Gewerkschaftsbüros die Papenregierung wirklich für so unerträglich händen, wie sie in ihren Reden den Eindeichern erweden wollen, so müste man meinen, daß sie auch härtere Kampfmaßnahmen gegen diese Regierung ergreifen würden. Sie denken nur nicht davon! So wie sie den Arbeitern empahlen, bei der Wahl ihren Stimmzettel der Sozialdemokratie zu geben, um die Politik der Brünningregierung zu ändern, so empfehlen die sozialen Gewerkschaftsführer jetzt wiederum in ihrem Aufruf, sozialdemokratisch zu wählen, damit die Papenregierung liquidiert werden könne. Es heißt in diesem Aufruf zur Wahl:

„So geht daher nicht nur um soziale Unterstützungen und Wähler, es geht um den Sieg der Arbeiterschaft und um die Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft. Daraum: Zeigt alle Kräfte der Arbeiterschaft zusammen in der sozialen Front! Mobilitiert die Hammerarbeiter! Kampfporse ist: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit! Gegen Reaktion und Faschismus, für die sozialdemokratische Liste 1.“

„Einigkeit“? Das heißt in der Sprache der Gewerkschaftsführer keine Einheitsfront mit den Kommunisten, denn das ist Zerstörung! „Disziplin“? Das heißt: „Kube ist die erste Bürgerpflicht!“ Jeder zu, wenn die Nazis marschieren, wenn sie ziehen, beden und Arbeiter töten, und wenn sie die Siedlungen einplündern, da heißt „Disziplin“ zu beschreiten! „Es geht nicht

nur um Löhne und ähnliche unwichtige Dinge, es geht um die Arbeiterschaft“, deshalb: „Wählt sozialdemokratisch!“ Wer lügt da nicht? Schon zur Hindenburgwahl schrieben die SVD-Führer, „es geht um den Bestand der Arbeiterschaft“.

als Hindenburg gefiegt hatte, da war ein Schritt weiter

Stimme zur Zerstörung der Arbeiterschaft! Alle sozialdemokratischen Arbeiter müssen endlich erkennen, daß kein Stimmzettel die Arbeiter vor der Reaktion schützen kann. Schützen kann allein der außerparlamentarische Klassenkampf der Arbeiterschaft im Betrieb, im Wohngebäude und auf der Stempelstelle! Zu diesem Kampf ist die rote Einheitsfront notwendig!

Diese Einheitsfront im Kampf aber wird von den SVD- und Gewerkschaftsführern sabotiert. Überall dort, wo SVD-



Reichsbanner, RGO- und parteiliche Arbeiter zusammenfinden, würden die Führer aus den Arbeiterschaften verzagen. Was macht die SVD? „Jenster zu, Straße leer“ befiehlt sie und überläßt damit die Straße den Arbeiterschäden.

Kein Wort in diesem Aufruf von der Reichsbanner, kein Wort vom Abbau der Kriegsarbeitserunterstützung, aber auch kein Wort zur Organisierung des Kampfes gegen RGO- und Unterklasse. Wieder wird der Stimmzettel als der Kleiner gestrichen, wieder soll der Schachet um Mandate im Vorberggrund liegen.

SVD-Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, Reichsbanner, Sommerroben, der einzige Ausweg ist der Kampf in der roten Einheitsfront, dienen Weg müßt ihr gehen. Erhältst am 18. Juli in Witten auf der Reichenbahn, Dresden-Reick, und hört, was auf der Mutter der Kommunalen Partei, Senats-Sitzung 2380, ja sagen hast!